

II-2373 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ

4950/4-I 1/77

1099 IAB

1977 -05- 27

zu 1110 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zu Z 1110/J-NR/77

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten
Dr. Ermacora und Genossen (1110/J), betreffend die Entmündi-
gungsordnung 1916, beantworte ich wie folgt:

Zu 1

Eine Statistik der voll- und beschränkt entmün-
digten österreichischen Staatsbürger wird vom österrei-
chischen Statistischen Zentralamt nicht geführt. Im Rahmen
der Statistik der Rechtspflege wird die Anzahl der jährlich
von den Gerichten ergangenen Entmündigungsbeschlüsse erfaßt.

Die Entwicklung seit 1960 stellt sich wie folgt
dar:

<u>Entmündigungen</u>	<u>1960</u>	<u>1965</u>	<u>1970</u>	<u>1975</u>
volle	1117	1054	1084	882
beschränkte	<u>520</u>	<u>717</u>	<u>641</u>	<u>690</u>
insgesamt	1637	1771	1725	1572

Zu 2

Zu dieser Frage sind der Statistik der Rechts-
pflege keine Angaben zu entnehmen.

Zu 3

Nein

Zu 4

Ich habe die Gerichte und den Österreichischen
Rechtsanwaltskammertag ersucht, mir über allfällige Mängel,
die bei der Anwendung der Entmündigungsordnung wahrgenommen
worden sind, zu berichten.

Zu 5

Den Richtern steht für alle Verfügungen nach der Entmündigungsordnung so wie für alle anderen richterlichen Entscheidungen ausreichend Zeit zur Verfügung. Für eine gleich starke Arbeitsbelastung aller Richter sorgt die Anordnung des § 17 Abs 2 Geo, wonach die bei einem Gericht anfallenden Geschäfte tunlichst auf alle Richter gleichmäßig zu verteilen sind.

Zu 6

In den Jahren 1970 bis 1976 hat das Bezirksgericht Hietzing im Durchschnitt 27 volle und 11 beschränkte Entmündigungen pro Jahr ausgesprochen.

Abschließend möchte ich bemerken, daß auch das Bundesministerium für Justiz der Ansicht ist, daß die Bestimmungen der Entmündigungsordnung 1916 teilweise den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen und Vorstellungen, insbesondere auch im Hinblick auf die tiefgreifenden Reformen in anderen Rechtsgebieten, nicht mehr entsprechen.

Die zuständige Abteilung des Bundesministeriums für Justiz befaßt sich daher mit Überlegungen zur Änderung der Entmündigungs- und Anhaltungsvorschriften.

27. Mai 1977

